

PLENUM 2019



In dieser Ausgabe:

MARTINA STAMM-FIBICH:

Eine Woche voller Petitionen

CARSTEN TRÄGER:

Fünf Jahre Mindestlohn – eine Erfolgsgeschichte

GABRIELA HEINRICH:

Europarat: Der Dialog mit Russland ist wieder möglich

MARTIN BURKERT:

Dobrindts faules Erbe



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich



Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Eine Woche voller Petitionen

In der letzten Sitzungswoche hat der Petitionsausschuss öffentlich über mehrere Petitionen beraten. Angehende Psychotherapeuten fordern eine Berücksichtigung ihrer Situation in der geplanten Reform der Psychotherapeutenausbildung. Die AWO fordert eine

Begrenzung der Eigenanteile bei den Pflegekosten. In Petition drei wird eine bessere medizinische Versorgung erwachsener Mukoviszidose-Patienten gefordert. Der Bundestag hat die Petition mit sehr hohem Votum an das Bundesgesundheitsministerium überwiesen.

Überfällige Reform

Aktuell berät der Deutsche Bundestag über eine umfassende Reform der Ausbildung zum Psychotherapeuten, mit dem Ziel, sie ähnlich zu gestalten wie die Ausbildung von Ärzten. Die Reform ist überfällig. Das Problem: Aktuelle Studierende und die so genannten Psychologen in Ausbildung (PiA) werden zu wenig berücksichtigt. Für sie gilt das neue System nicht. Aktuell Studierende sollen in einer Übergangszeit von zwölf Jahren das Studium und die praktische Ausbildung beendet haben. Sonst können sie nicht als Psychotherapeuten arbeiten.

Wer zwischendurch erkrankt, ein Kind bekommt oder Angehörige pflegt, für den sind die zwölf Jahre knapp. Die Petentin fordert mit fast 95.000 Unterstützern bessere Übergangsregeln, etwa die Möglichkeit von Nachqualifizierungen und eine längere Übergangszeit. PiA sollen in Zukunft zwar die gleiche Arbeit machen wie die künftigen Psychotherapeuten in Wei-



Martina Stamm-Fibich mit den Petentinnen Maria Heuring und Katharina Janzen (v.l.).

terbildung (PiW). PiA bekommen aber weiterhin nur ein Praktikantengehalt. PiW können dann sozialversicherungsrechtlich angestellt werden. Die Petentin fordert eine bessere Finanzierung auch für PiA.

Das Gesetz ist so noch nicht fertig. Deshalb ist es gut, dass der Bundestag nicht wie geplant diese Woche abschließend über die Reform abgestimmt hat.

Mukoviszidose: Petition überwiesen

Der Petitionsausschuss hat einen wichtigen Etappensieg errungen. Der Bundestag hat eine Petition mit sehr hohem Votum an das Bundesgesundheitsministerium und an die Landesvolksvertretungen überwiesen. Der Mukoviszidose e.V.

fordert bessere Versorgungsstrukturen für erwachsene Mukoviszidose-Patienten. Mit der Überweisung der Petition setzen wir ein klares Signal, dass dringend gehandelt werden muss. Hier geht's zu meiner Rede: <https://bit.ly/2NJB8in>

Pflegekosten für Pflegebedürftige begrenzen

In der Altenpflege gab es in den vergangenen Jahren enorme Veränderungen. Auch weil die Situation des Pflegepersonals endlich verbessert wird. Mit der Konsequenz allerdings, dass die Kosten für Pflege steigen. Aktuell tragen die Mehrkosten alleine die Pflegebedürftigen.

Die Zuschüsse der Pflegekassen sind gedeckelt. Diesen Umstand möchte Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied des AWO Bundesverbandes e.V., ändern.

Der Petitionsausschuss hat ihr Anliegen öffentlich beraten. Die SPD unterstützt die Forderung der Petentin. Denn auch die SPD fordert eine Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege.

Wir müssen den Menschen die Angst vorm Altwerden nehmen. Pflegebedürftige brauchen verlässliche Kosten und Planungssicherheit auch in der letzten Lebensphase.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb



Fünf Jahre Mindestlohn – eine Erfolgsgeschichte

Am 3. Juli 2014 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einzuführen – ein historischer Erfolg der SPD. Der Mindestlohn wirkt. Wir entwickeln ihn weiter und wollen ihn erhöhen.

Mehr Geld für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Als die Große Koalition auf Initiative der SPD den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführte, gab es 5,3 Millionen Menschen in Deutschland, die weniger als 8,50 Euro/Stunde verdienten. Zum 1. Januar 2019 ist der Mindestlohn nun auf 9,19 Euro gestiegen. Schon bis 2017 hatte er eine solche Dynamik nach oben im untersten Lohnbereich erzeugt, dass ihn nur noch weniger als 1,4 Millionen Menschen erhielten. Alle anderen Löhne waren noch stärker gestiegen als der Mindestlohn.

Vor allem geringfügig Beschäftigte, Ungelernte, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte im Osten Deutschlands bekommen deutlich mehr für ihre Arbeit. Die Lohnunterschiede zwischen Ost und West und zwischen Männern und Frauen sind geringer geworden. Viele geringfügig bezahlte Tätigkeiten wurden in sozialversicherungspflichtige Verhältnisse umgewandelt: nicht nur mehr Lohn, sondern auch mehr Sicherheit für die Beschäftigten.

Die Argumente der Gegner waren von Anfang an falsch

Unsere Überzeugung war richtig: Die Argumente der Mindestlohngegner

Foto: Pixabay.com / LuckyLife11



waren von Anfang an falsch. Der Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist angestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. Unser Land braucht keine Billiglöhne um erfolgreich zu sein. Wirtschaftlicher Erfolg beruht auf guten Produkten aus guter Arbeit, hergestellt von qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ordentlich bezahlt werden.

Den Mindestlohn weiterentwickeln und Missbrauch verhindern

Mit dem Mindestlohn haben wir eine Linie nach unten eingezogen, die nie wieder unterschritten werden darf. Um das noch stärker zu kontrollieren, haben wir zusätzliche Stellen beim Zoll geschaffen.

Nun muss der Mindestlohn weiter steigen: auf 12 Euro/Stunde, damit ein

Vollzeitbeschäftigter einen Lohn erhält, der über der Armutsgrenze liegt. Die dagegen vorgebrachten Argumente sind genauso falsch wie jene gegen seine Einführung vor 5 Jahren.

Und auch Auszubildende müssen ordentlich bezahlt werden: Deshalb führen wir eine Mindestausbildungvergütung von zunächst 515 Euro im Monat ab dem ersten Lehrjahr ein. Bis 2023 werden es für das erste Lehrjahr 620 Euro sein, für das vierte Lehrjahr beispielsweise dann 868 Euro.

Auch die Renten steigen

Gute Löhne sind die Voraussetzung für gute Renten. 21 Millionen Rentner erhalten zum 1. Juli spürbar höhere Bezüge, im Westen 3,18 Prozent, im Osten 3,91 Prozent mehr.

Bei der Rente geht es um mehr als Prozentpunkte: Es geht um die Anerkennung der Lebensleistung von Menschen. Wir kämpfen weiter gegen den Widerstand der Union für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, damit niemand, der 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, im Alter eine Rente unter der Grundsicherung hat.

So geht Politik für ein solidarisches Land.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Europarat: Der Dialog mit Russland ist wieder möglich

Russland steht wieder in der Pflicht. Der Europarat kann jetzt hinsichtlich der Menschenrechte dem Land wieder auf die Finger schauen.

Russland gehört in den Europarat – mit Rechten, aber natürlich auch mit Pflichten. Nach einer ereignisreichen und turbulenten Sitzungswoche in Straßburg ist jetzt wieder mehr Dialog möglich. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PVER) hat das jetzt auf den Weg gebracht.

Vorgeschichte

2014 wurde der russischen Delegation bei der PVER das Stimmrecht entzogen. Grund dafür war die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Russland weigerte sich daraufhin, überhaupt eine Delegation der Duma nach Straßburg zu schicken und fror seine Beiträge an den Europarat ein. An den Sitzungen des Ministerkomitees nahm Russland zwar noch teil. Aber politisch gravierend war, dass es bei der Parlamentarischen Versammlung keine Möglichkeit mehr gab, mit russischen Abgeordneten in einen Menschenrechtsdialog zu treten.

Das war einfach keine schlaue Sanktion. Und eine Katastrophe wäre es gewesen, wenn Russland ganz aus dem Europarat austritt. Denn dadurch könnten sich 140 Millionen Russinnen und Russen nicht mehr an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden, wenn sie in Russland alle Instanzen durchlaufen haben und noch immer nicht ihr Recht bekommen haben.



Gabriela Heinrich in der "Media Box" der Parlamentarischen Versammlung.

Worum ging es jetzt in Straßburg?

Ein Beschluss des Europarat-Ministerkomitees und ein Entwurf für eine Resolution waren vorgelegen, die debattiert und abgestimmt wurden. Haupt-Inhalte: Russland kann wieder eine Delegation mit allen Rechten nach Straßburg schicken. Und die PVER und der Europarat-Ministerrat sollen intelligentere Sanktionen entwickeln, wenn ein Staat Menschenrechte verletzt. Ich halte das für richtig, die neuen Regeln stärken den Europarat.

Russland steht jetzt in der Pflicht

Das Land muss sich an die Standards halten, für die es sich durch die Europäische Menschenrechtskonvention und durch den Beitritt zum Europarat verpflichtet hat. Und aktuell hat Russland sehr viele Hausaufgaben, bei de-

nen der Europarat jetzt wieder Nachhilfe geben kann: Die Gewalt gegen Schwule in Tschetschenien beenden. Berichterstatter der PVER ins Land lassen, auch nach Tschetschenien, um dort die Lage von LGBTI-Menschen zu überprüfen. Die Menschenrechtskommissarin auf der Krim die Menschenrechte beobachten lassen. Bei der Aufklärung der Absturzursache von Flug MH17 voll kooperieren. Den Mord an Boris Nemtsov und anderen aufklären. 24 ukrainische Seeleute freilassen. Und, und, und.

Im Januar 2020 wird es in der Winter-Sitzung der Parlamentarischen Versammlung das nächste Mal um Akkreditierungen und nationale Delegationen gehen. Bis dahin muss Russland liefern.



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

 martin.burkert@bundestag.de

 030 - 227 733 63

 www.martin-burkert.de

 facebook.com/burkertmartin

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Dobrindts faules Erbe

Der Europäische Gerichtshof hat ein Urteil gesprochen: Die Pkw-Maut ist nicht mit EU-Recht vereinbar. Es folgen hitzige Debatten im Verkehrsausschuss und im Plenum des Deutschen Bundestages.

Bei der Aktuellen Stunde zur Pkw-Maut ging es im Plenum des Deutschen Bundestages in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hoch her.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sah sich Vorwürfen konfrontiert, für bereits entstandene Verluste und möglicherweise anstehende Forderungen der noch vor dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) mit der Mauterhebung beauftragten Unternehmen verantwortlich zu sein. Auch wir machten deutlich darauf aufmerksam, vor den mit einer frühzeitigen Auftragsvergabe verbundenen Risiken gewarnt zu haben.

Der EuGH hatte Mitte Juni nach einer Klage Österreichs gegen die Infrastrukturabgabe entschieden, dass diese nicht mit dem Europarecht vereinbar sei. Die Richter sahen eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer, weil deutsche Autofahrer die Ausgaben über einen Nachlass bei der Kfz-Steuer erstattet bekommen sollten. In der geplanten Ausgestaltung verstoße die Pkw-Maut zudem gegen die Grundsätze des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs.

In der vergangenen Wahlperiode wollte die CSU auf Biegen und Brechen die Pkw-Maut im Koalitionsvertrag. Bedingung unserer Fraktion war aber immer gewesen, dass die Maut europarechtskonform sein muss.



Der Verkehrspolitiker und Bundestagsabgeordnete Martin Burkert hätte auf das faule Erbe von Ex-Minister Alexander Dobrindt gerne verzichtet.

Foto: editorial247.com

Dass der Minister die Mauterhebung schon 2018 europaweit ausgeschrieben hat, war zwar richtig. Vor der Auftragsverteilung hätte Scheuer aber das Urteil abwarten müssen. Sein Vorpreschen war meiner Ansicht nach grob fahrlässig. Unsere Warnungen sind nicht ernst genommen worden.

Die Entscheidung des EuGH könnte nun gravierende Konsequenzen nach sich ziehen: nicht nur wegen der fehlenden Mauteinnahmen, sondern auch wegen möglicher Schadenersatzforderungen aufgrund der Verträge mit den Betreibern. Welche Folgen das für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben könnte, ist offen.

Auf dieses faule Erbe des ehemaligen Verkehrsministers Alexander Dobrindt hätten wir sehr gerne verzichtet! Ich habe Bedenken, dass die Einnahmeverluste im Verkehrsministerium nun zu Lasten der Schiene gehen könnten. Wir müssen dafür sorgen, dass der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir müssen auf Busse und Bahnen setzen, und dafür muss der Bund Milliarden Euro investieren.

Die CSU wollte mit der Pkw-Maut einen populistischen Sieg einfahren. Die Maut ist gescheitert und vermutlich folgt jetzt ein Untersuchungsausschuss.